

STATEMENT DES FORUM FAIRER HANDEL GEGEN RECHTS

Das FFH und seine Mitglieder zeigen klare Haltung gegen rechts. Wir stehen für eine demokratische und offene Gesellschaft, ohne Hass und ohne Diskriminierung. Nur gemeinsam können wir unsere Grundrechte und die Demokratie schützen. Menschenrechte sind unverhandelbar. Auch um gemeinsam für globale Gerechtigkeit und gegen die katastrophalen Auswirkungen der Klimakrise zu arbeiten, brauchen wir eine stabile Demokratie.

Doch nicht erst nach den Enthüllungen des Recherche Netzwerks Correctiv über einen Plan zur Deportation von Menschen aus Deutschland ist klar: rechte Narrative, Hass und Hetze und nicht zuletzt die AfD, die maßgeblich diese Entwicklungen vorantreibt, sind eine Gefahr für viele Menschen und die Demokratie in Deutschland.

Die Grundgedanken des Fairen Handels beruhen auf Gerechtigkeit, Verständigung, Respekt und der Wahrung der Rechte und Würde aller Menschen weltweit. Die Vision des Fairen Handels ist eine Welt, in der für alle Menschen die Chance auf eine selbstbestimmte Zukunft besteht und in der jede*r unter menschenwürdigen Bedingungen arbeiten und einen angemessenen Lebensunterhalt bestreiten kann. Gemeinsam mit unseren Handelspartnern im Globalen Süden setzen wir uns für eine Welt ein, in der in einem solidarischen und gerechten Handels- und Wirtschaftssystem die Ressourcen fair verteilt sind und schonend genutzt werden. Die Vielfalt der Menschen weltweit zeichnet den Fairen Handel aus und wir wenden uns entschieden gegen aktuelle autokratische Entwicklungen, gegen Faschismus, Hass, Rassismus, Antisemitismus, gegen jegliche Form der Diskriminierung und Ausgrenzung!

Mit Sorge beobachten wir die hohen Umfragewerte der AfD und dass rechte Narrative immer weiter in die Mitte der Gesellschaft vorrücken und öffentlichen Rückhalt erhalten. Geflüchtete werden immer stärker entrechtet und gemeinsam mit Menschen, die sie unterstützen, zunehmend kriminalisiert. Gewalt von rechts nimmt zu, ob Angriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten mit massivster und tödlicher Gewalt oder auch verbale und handgreifliche Attacken auf Einrichtungen, die sich gegen rechts engagieren. Auch Weltläden in Deutschland wurden bereits Zielscheibe rechter Gewalt.

Deshalb heißt es auch für uns: Nie wieder ist jetzt! Die Brandmauer gegen die AfD darf nicht bröckeln, denn mit ihrem rassistischen und völkischen Weltbild ist die Partei demokratisch nicht einzubinden. Im Gegenteil, die AfD gefährdet ein demokratisches Zusammenleben und es gilt jetzt dieses zu verteidigen. Wir rufen alle demokratischen Parteien in Deutschland dazu auf, eine klare Position gegen rechts zu beziehen. Wer Antifaschismus ernst meint, darf nicht rechten Narrativen nacheifern und sie damit weiter salonfähig machen. Wir erwarten eine Migrationspolitik, die nicht auf Abschottung setzt und eine Politik, die Probleme angeht und nicht Mittel für den Kampf gegen rechts und Sozialausgaben kürzt. Es braucht eine Politik, die den vereinfachten und rassistischen Antworten der Rechten und extrem Rechten auf die vielfältigen aktuellen Krisen eine nachhaltige und solidarische Antwort entgegenstellt.